Italien

CARLO MASALA

Aus den Wahlen am 21. April 1996 ging das Linksbündnis L'Ulivo mit seinem Spitzenkandidaten Romano Prodi als Sieger hervor. Im Wahlkampf spielte die Europapolitik bei fast allen Parteien – mit Ausnahme der Alleanza Nationale – eine große Rolle, da der Wahlsieger gleichzeitig auch die Präsidentschaft der Europäischen Union übernahm, die Italien im ersten Halbjahr 1996 innehatte. So mußten alle Parteien ihren Wählern deutlich machen, welche Politik sie – im Falle eines Wahlsieges – während der Präsidentschaft zu verfolgen gedachten. Die programmatischen Aussagen aller Parteien und Wahlbündnisse zeichneten sich durch ein hohes Maß an Übereinstimmung aus und ließen sowohl für den Wähler als auch für die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten deutlich erkennen, daß keine Kursänderung während der italienischen Präsidentschaft angestrebt wurde. Die Wahlergebnisse brachten für das Bündnis um den Partito Democratico della Sinistra eine absolute Mehrheit der Sitze im Parlament.[1] Die neue Regierung unter Romano Prodi und Außenminister Lamberto Dini übernahm also mit den Regierungsgeschäften auch die italienische EU-Präsidentschaft.

Die Europapolitik der Regierung Prodi wurde thematisch deutlich von der Wirtschafts- und Währungsunion dominiert. Schon bald nach der Wahl kristallisierte sich heraus, daß die neue Mitte-Links-Regierung bereit war, alle notwendigen ökonomischen Maßnahmen zu ergreifen, um eine italienische Teilnahme an der Währungsunion von 1999 an zu ermöglichen. Das italienische Haushaltsdefizit sollte im laufenden Jahr nicht die Marge von 5,9% des Bruttoinlandsprodukts überschreiten.[2] Im Finanzplan wurde das Schwergewicht auf die Inflationsbekämpfung und Maßnahmen zur Ankurbelung der Beschäftigung gelegt. Die Neuverschuldung sollte 1997 nur noch 4,4% des BIP betragen und 1998 auf 3% gesenkt werden. Dieser Finanzplan stieß sowohl bei Arbeitgebern – wegen vorgesehener Kürzungen im Bereich der staatlichen Unternehmenssubventionierung[3] – als auch bei den Gewerkschaften – wegen der vorgegebenen Inflationsrate[4] – auf erhebliche Kritik. Um die notwendige Zustimmung der Rifondazione Communista, der kommunistischen Neugründung, im Parlament zu erhalten, waren keinerlei Einsparungen im Bereich der Pensionen und des Gesundheitswesen vorgesehen. Der italienische EU-Kommissar Mario Monti sprach in diesem Zusammenhang von einer unzureichenden Planung, die das Ziel des WWU-Beitritts von vornherein zum Scheitern verurteilte.[5]

Anläßlich des italienischen Abschlußberichts zum Präsidentschaftshalbjahr bekräftigte Romano Prodi nochmals, daß es das Ziel seiner Regierung sei, bereits am Ende des Jahres in das Europäische Währungssystem zurückzukehren. Der

Wiedereintritt der Lira „unter der Bedingung eines haltbaren Wechselkurses" sei weiterhin eines der vorrangigen Ziele der italienischen Regierung und eine notwendige Vorstufe zur Teilnahme an der Wirtschafts- und Währungsunion.[6]

Die Maastricht-Front bröckelt

Die Diskussion um den mittelfristigen Finanzplan von 1996-1999 und die an ihm geäußerte Kritik führten nicht nur in den Reihen der Opposition oder der Kommunisten der Neugründung, sondern auch innerhalb der Ulivo-Regierung zu Friktionen. Der stellvertretende Ministerpräsident Italiens, Walter Veltroni (PDS), regte an, die Kriterien für den Beitritt zur WWU zu überdenken, da viele der Beitrittskandidaten augenblicklich mit einer Rezession zu kämpfen und somit Schwierigkeiten hätten, die Voraussetzungen zu erfüllen. Veltroni fügte jedoch einschränkend hinzu, daß Italien keine Neuverhandlung des Maastrichter Vertrages ohne seine europäischen Partner eingehen werde.[7]

Auch Lamberto Dini gab öffentlich zu bedenken, ob es nicht sinnvoller sei, den Zeitpunkt der Einführung der WWU zu verschieben, um „eine bedeutendere WWU zu haben, an der sich praktisch alle größeren Länder beteiligen...".[8] Unterstützung erhielten beide von Fiat-Chef Cesare Romiti, der erklärt hatte, daß die italienische Regierung sich vorrangig um den Abbau der Arbeitslosigkeit bemühen solle und erst in zweiter Linie um die Erfüllung der Konvergenzkriterien.

Gegen einen späteren Eintritt Italiens in die Wirtschafts- und Währungsunion sprach sich vor allem Schatzminister Ciampi aus. Auch er äußerte wiederholt die Ansicht, daß man die Maastricht-Kriterien „flexibel" interpretieren müsse. Es handle sich bei den Kriterien zur Staatsverschuldung und zum Haushaltsdefizit nicht um fixe Margen, sondern um Tendenzzahlen. Wenn es erkennbar sei, daß die Staatsverschuldung auf 60% des Bruttoinlandsprodukts sinke, dann sei das Kriterium bereits erfüllt.

Einen scheinbar harten Kurs nahm Ministerpräsident Prodi ein. Wiederholt erklärte er gegenüber der Öffentlichkeit, daß er über die Maastricht-Kriterien nicht zu diskutieren gedenke, sondern die Linie einhalten werde, die mit den europäischen Partnern vereinbart sei. Eine italienische Beteiligung an der WWU von Beginn an sei schon deshalb notwendig, um dem Norden entgegenzukommen und der Lega Nord die Wählerschaft zu nehmen.[9]

Prodis öffentliche Beteuerungen müssen jedoch ernsthaft bezweifelt werden, seit bekannt ist, daß der italienische Regierungschef den spanischen Premierminister Aznar zur Bildung einer Südfront zu bewegen versuchte, deren Ziel es sein sollte, die Verschiebung der dritten Stufe der Währungsunion zu erzwingen. Doch Aznar lehnte diese Offerte ab.[10] Obwohl Prodi dementierte, diesen Vorschlag gegenüber Aznar lanciert zu haben, spricht dennoch einiges dafür, daß der italienische Regierungschef seinem spanischen Amtskollegen dieses Angebot unterbreitet hat. Zum einen wäre er damit seinen Kritikern aus den eigenen Reihen entgegengekommen und hätte den Koalitionsfrieden über die Frage des Euros wiederherge-

stellt. Zum anderen hat Prodi wiederholt geäußert, daß es für Italien eine Katastrophe sei, bei Kerneuropa nicht dabei zu sein. Dies würde den innenpolitischen Konsens zu den harten Sparmaßnahmen, den Konsens innerhalb der Koalition und die Einheit des Landes gefährden.

Seit der Versuch der Gegenmachtbildung gescheitert ist, verbreitet die italienische Regierung einen übersteigerten Optimismus[11] hinsichtlich der Einführung des Euro in Italien im Jahr 1999. Dieser Optimismus wurde auch dadurch verstärkt, daß der Regierung Prodi seitens des statistischen Amtes der EU, Eurostat, bescheinigt wurde, daß die Verbuchung bestimmter Steuereinnahmen – wie der sogenannten Eurosteuer, einer einmaligen Abgabe von Unternehmen im Jahre 1997 – und Schulden staatlicher Unternehmen legal sei. Auch der Bericht der EU-Kommission, der davon ausgeht, daß Italien neben Griechenland zu den EU-Staaten gehören wird, die an der Einführung des Euro nicht von Anfang an beteiligt sein werden, ändert nichts an dem von Prodi verbreiteten Optimismus. Prodi hat aber mit der Einführung der gemeinsamen Währung auch sein politisches Schicksal verbunden.[12] So äußerte Prodi wiederholt, daß er an Demission denke, wenn Italien nicht unter den Ländern sei, die als erste den Euro 1999 einführen.

Italiens Rückkehr in das Europäische Währungssystem

Wie bereits im Juni 1996 angekündigt, bemühte sich die italienische Regierung mit „aller Kraft"[13], die Rückkehr der Lira ins Wechselkurssystem voranzutreiben. Dabei trafen sie jedoch auf den Widerstand einiger EU-Mitglieder – allen voran Frankreich. Aber auch aus Deutschland und aus den Niederlanden waren kritische Stimmen über das italienische Anliegen zu vernehmen. Die Italiener waren über diplomatische Kanäle wiederholt darum gebeten worden, keinen Antrag auf Wiederaufnahme in das EWS zu stellen, um jeden offenen Konflikt zwischen Frankreich, Deutschland und Italien zu vermeiden.[14] Doch trotz dieser Interventionen stellte die italienische Regierung den offiziellen Aufnahmeantrag. Nach einem zähen und harten Verhandlungsmarathon einigten sich die Finanzminister und Notenbankchefs am 24. November 1996 darauf, die Lira zu einem Leitkurs von 990 Lire pro DM in das EWS zurückkehren zu lassen. Die italienische Regierung konnte sich mit ihrer Forderung nach einem Leitkurs von 1010 Lire pro DM nicht durchsetzen. Frankreich und Deutschland befürchteten eine erneute Abwertung der Lira, die ihrer einheimischen Industrie erheblich geschadet hätte. Der Kompromiß zwischen der italienischen und der deutsch-französischen Position wurde in Italien von der Regierung als deutliches, positives Zeichen für das Vertrauen in die italienische Haushalts- und Finanzpolitik begrüßt. Die Festsetzung des Kurses stieß jedoch auf Kritik. Die Lira sei überbewertet, so äußerte sich ein hoher Beamter des Wirtschaftsministeriums, und dies würde der italienischen Exportwirtschaft nachhaltig schaden.[15]

Letztlich – und darüber sind sich die Wirtschaftsfachleute einig – war die Rückkehr der Lira ins EWS keine Entscheidung, bei der ökonomische Kriterien im Vor-

dergrund standen. Vielmehr ging es darum, der italienischen Regierung entgegenzukommen, die sich von einem EWS-Beitritt einen Stabilisierungseffekt für ihre Währung erhoffte. Die italienische Regierung ist jetzt gezwungen, eine relativ starke Lira zu verteidigen, und dies kann sie nur durch eine solide Haushaltspolitik, Sparmaßnahmen und durch währungspolitische Disziplin.

Flexibilisierung der Europäischen Union

In Anknüpfung an die von Deutschland und Frankreich im Dezember 1995 vorgeschlagene Flexibilisierungsklausel hat die italienische Regierung fast ein Jahr nach dem deutsch-französischen Vorstoß ihrerseits im Rahmen der Regierungskonferenz einen Vorschlag für die Einfügung einer Flexibilitätsklausel in den EU-Vertrag plädiert. Bereits im Vorfeld des Europäischen Rates in Florenz, der den Höhepunkt der italienischen Präsidentschaft darstellte, äußerte sich Außenminister Dini gegenüber der italienischen Wirtschaftszeitung „Il Sole 24 Ore" positiv zum Prinzip der Flexibilität. Er führte aus, daß jene Mitgliedstaaten, die Fortschritte in bestimmten Bereichen erzielen wollten, nicht von jenen davon abgehalten werden sollten, die zu Fortschritten nicht bereit seien oder die Voraussetzungen dafür nicht erfüllten. Der Unionsvertrag solle Element der Einheit der Union sein. „Verstärkte Kooperation oder Kerngruppen seien nicht unveränderlich", womit Dini auf das Prinzip anspielte, nach dem solche Kooperationsformen grundsätzlich offen für den späteren Beitritt weiterer Staaten sein müßten, sie stellten vielmehr „Momente der Dynamik und des positiven Fortschritts" dar.[16] Unerklärlicherweise nutzte die italienische Regierung nicht ihr Präsidentschaftssemester dazu, diesen Vorschlag zu lancieren, sondern wartete, bis die Präsidentschaft an die Niederländer übergegangen war. In seiner Intention geht der italienische Flexibilisierungsvorschlag weiter als der deutsch-französische, vor allem weist er der Kommission bei der Flexibilisierung eine entscheidende Rolle zu. Ziel des italienischen Vorschlags ist es, die Problematik der differenzierten Integration innerhalb der Union in einem einheitlichen Institutionsrahmen zu lösen. Differenzierte Integration soll dabei nicht Regelfall, sondern extrema ratio sein, und sie soll nicht zu einer Marginalisierung anderer Staaten oder ganzer Staatengruppen innerhalb der Union führen.[17]

Der italienische Flexibilisierungsvorschlag zeichnet sich dadurch aus, daß er detailliert auf die Bedingungen und Verfahrensweisen innerhalb der drei Unionspfeiler eingeht, unter denen die Flexibilisierung[18] ihre Anwendung finden soll.[19] Ausgenommen werden in dem Vorschlag so zum Beispiel die Bereiche Staatsbürgerschaft, gemeinsame Handelspolitik, der freie Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr, die gemeinsame Fischereipolitik sowie die Wettbewerbsbestimmungen der Gemeinschaft. Für den Fall, daß sich auf einem bestimmten Sektor eine flexible Gruppe zusammenfindet, ist deren oberstes Entscheidungsgremium nach wie vor der Rat, jedoch werden die Entscheidungen nur von jenen Ratsmitgliedern getroffen, die an der differenzierten Integration teilnehmen. Hierfür ist die Zweidrittelmehrheit vorgesehen.

Für den zweiten Pfeiler der Union, die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, schlägt der italienische Flexibilisierungsvorschlag vor, daß zwei neue Artikel unter Absatz V des EU-Vertrages eingefügt werden sollen. Der eine davon ist Artikel J.8a, der die Einstimmigkeit bei Ratsentscheidungen festlegt. Hier soll ein Passus eingefügt werden, der die qualifizierte Mehrheitsentscheidung für nicht näher spezifizierte „special decisions" vorsieht. Staaten, die sich bei einer „bestimmten Entscheidung" der qualifizierten Mehrheit nicht anschließen wollen, wird die Möglichkeit eingeräumt, dies vor dem Rat und in der Öffentlichkeit darzulegen. Es ging der italienischen Regierung im zweiten Pfeiler darum, die Festlegung einer Flexibilisierungsklausel zu vermeiden. In dem italienischen Vertragsentwurf ist eine Flexibilisierung für die GASP zwar vorgesehen, jedoch gibt es hierfür, anders als im ersten und auch im dritten Pfeiler, kein festgelegtes Prozedere. Der Kommission fällt hier gar keine Rolle zu. Um einen möglichst umfassenden Konsens unter den EU-Mitgliedern zu erreichen, sieht der italienische Vorschlag auch Verzögerungsmöglichkeiten vor: Erst wenn alle Versuche zur Einstimmigkeit gescheitert sind, soll Flexibilisierung bei der GASP möglich sein.

In der Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres wird das gleiche Verfahren wie in der ersten Säule vorgeschlagen. Auch hier kommt der Kommission eine zentrale Rolle zu, da ihr ein Vorschlagsrecht eingeräumt wird. Selbst für den Fall, daß ein Mitgliedstaat sein Anliegen nach Flexibilisierung direkt beim Rat vorbringen sollte, beauftragt dieser, so sieht es der italienische Vorschlag vor, die Kommission damit, einen Bericht auszuarbeiten und Maßnahmen zur Durchführung der Flexibilisierung vorzuschlagen. Wie auch in der ersten Säule hat die Kommission ein Kontrollrecht, und die Entscheidungen zur Flexibilisierung sowie auch nach erfolgter Flexibilisierung zu treffende Entscheidungen werden vom Rat mit qualifizierter Mehrheit getroffen.[20] Auch hier sind Parlament und Europäischer Gerichtshof sowohl in der Initiierungs- als auch in der Implementierungsphase umfassend zu beteiligen.

In dem italienischen Flexibilisierungsvorschlag kommen in geradezu prägnanter Weise die Grundlinien italienischer Europapolitik zum Ausdruck. Die Europäische Union soll als einheitlicher Handlungsrahmen erhalten bleiben, aber die Handlungsfähigkeit Europas kann nur sichergestellt werden, wenn das interne Arrangement der Teile flexibilisiert wird. Die Rolle der Kommission wird in einem Europa der „flexiblen Gruppen" sowohl in der Initiierungs- als auch in der Prozeß- und Implementierungsphase deutlich aufgewertet.

Angesichts der Tatsache, daß schon heute einige Staatengruppen existieren, zwischen denen eine enge Kooperation besteht, und es auch in Zukunft sicherlich neue Staatengruppen mit einer engen Kooperation geben wird, kann die italienische Motivation auch darin gesehen werden, mit der Einfügung einer solchen detaillierten Flexibilisierung die existierenden Gruppen vertraglich enger an die Europäische Union zu binden und so deren Zusammenhalt zu stärken, der bei einer unkontrollierten Verbreitung solcher Gruppen gefährdet wäre.

Angesichts der herausgehobenen Stellung der Kommission im italienischen Vorschlag scheint einiges für diese Motivation zu sprechen. Der Kommission würde die Aufgabe zufallen, die Einheit der Union und ihre zukünftige Entwicklung zu garantieren. Offenheit und Solidarität sollen garantieren, daß der Widerspruch zwischen einer einheitlichen Europäischen Union und Untergruppen engerer Kooperation abgemildert wird. Flexibilisierung soll nicht die Kompetenzen und die Legitimität der EU mindern.

Im Rahmen der Regierungskonferenz scheint der italienische Vorschlag die Zustimmung der meisten Staaten – mit Ausnahme der Briten – zu finden.[21] In einem gemeinsamen Zeitungsartikel plädieren Klaus Kinkel und Lamberto Dini dafür, im Rahmen der Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres eine gemeinschaftliche Politik hinsichtlich der Asylfrage und der Zollzusammenarbeit im Rahmen der EU zu initiieren. Italien und Deutschland, ist dort zu lesen, sind sich darin einig, daß zukünftig jene Staaten, die willens und in der Lage sind, die Möglichkeit zu einer verstärkten Kooperation im Rahmen der EU zu nutzen, diese Möglichkeit auch erhalten sollen.[22]

Ob es allerdings zu einer Änderung des Unionsvertrages in der von Italien vorgeschlagenen Form kommen wird, ist ungewiß. Dies hängt von der positiven Aufnahme des Flexibilisierungsvorschlages bei allen EU-Staaten und von der Praktikabilität des italienischen Vorschlages selbst ab. Das größte Hindernis für eine Annahme des italienischen Vorschlages besteht darin, daß eine Änderung des EU-Vertrages Einstimmigkeit im Europäischen Rat sowie die Ratifikation in den Parlamenten aller Mitgliedstaaten voraussetzt und Großbritannien bereits seinen Widerstand gegen diesen Vorschlag angekündigt hat.[23]

Albanien: Testfall für die flexibilisierte Verteidigung

Als im Februar 1997 die Unruhen in Albanien ausbrachen und ein Bürgerkrieg immer wahrscheinlicher wurde, erklärte die italienische Regierung ihre Bereitschaft zum peace-keeping, wenn sie ein Mandat der Vereinten Nationen oder der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) erhalten würde. Doch vorerst schien es so, als würden die Europäer mit Agonie auf die Ereignisse in Albanien reagieren. Die meisten NATO- und WEU-Mitglieder offenbarten ihren Unwillen, Truppen nach Albanien zu entsenden, da sie in der albanischen Situation keine Bedrohung ihrer Sicherheitsinteressen sähen. Für Italien und für Griechenland stellte sich die Situation jedoch anders dar. Während der zwei Monate anhaltenden Unruhen nahm Italien über 12.000 albanische Flüchtlinge auf. Um die Situation nicht eskalieren zu lassen, und um humanitäre Maßnahmen in Albanien militärisch zu sichern, bemühte sich die italienische Regierung im UN-Sicherheitsrat darum, ein Mandat für eine internationale Schutztruppe zu erhalten, deren Aufgaben peace-keeping und die militärische Sicherung der humanitären Maßnahmen sein sollten. Frankreich, Griechenland, Österreich, die Türkei und Dänemark erklärten sich bereit, Truppenkontingente für die Durchführung dieser

Mission bereitzustellen. Nachdem der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen der italienischen Regierung das Mandat für die Bildung einer solchen multinationalen Truppe und die Durchführung der Maßnahmen gegeben hatte, lief Mitte April 1997 die Mission „Alba" an.

Neben der Tatsache, daß dies die erste UN-Mission ist, die von Italien geleitet wird, ist es bemerkenswert, daß in der Diskussion um die Durchführung einer solchen Mission, zu keiner Zeit von der WEU als Mandatsträger die Rede war. Nach den ernüchternden Erfahrungen, die die europäische Außenpolitik im Jugoslawienkonflikt gemacht hatte, sollte ein erneutes europäisches Debakel vermieden werden. Die italienische Regierung machte von Missionsbeginn an deutlich, daß sie nicht gewillt sei, die italienischen Truppen länger als sechs Monate in Albanien zu belassen.

Anmerkungen

1 Der Mitte-Links-Block L'Ulivo erhielt einschließlich der Altkommunisten 319 Sitze der 630 Sitze im Abgeordnetenhaus. Der Mitte-Rechts-Block Polo per le libertá erhielt 246 Sitze. 59 Sitze entfielen auf die Lega Nord und 6 Sitze auf andere Parteien (u.a. SVP). Die Anteile der einzelnen Parteien verteilten sich folgendermaßen: PDS 21,1%, Rifondazione Communista 8,6%, PPI 6,8%, Liste Dini 4,3% und die Grünen 2,5%. Innerhalb des „Polo" entfielen 20,6% auf Forza Italia, 15,7% auf Alleanza Nationale, 5,8% auf CCD-CDU und 1,9% auf die Liste Pannella/Sgarbi. Die Lega Nord erhielt 10,1% der Stimmen. Vgl. dazu Corriere della Sera (CdS) v. 22.4.1996. Die Sitzverteilung im Senat ergibt ebenfalls eine Mehrheit für den L'Ulivo (44,1%), auf den Polo entfielen 38,9% und auf die Lega 10,4%.

2 Vgl. Financial Times v. 19.6.1996.

3 Der Kritik der CONFINDUSTRIA schlossen sich auch Silvio Berlusconi und die Forza Italia an. Berlusconi sagte, die im Finanzplan vorgesehenen Maßnahmen seien nur unzureichend, um das Ziel der Teilnahme am Euro zu erreichen. Vgl. Il Messagero und Il Tempo sowie La Repubblica v. 20.7.1996.

4 Vgl. Il Sole 24 Ore v. 20.7.1996.

5 Vgl. Wall Street Journal v. 27.6.1996.

6 Vgl. Commissione III n.1, Audizione del Ministro degli Affari Esteri L. Dini sulla Conclusione del Semestre di Presidenza italiana dell 'Unione Europea, 18.6.1997, S. 345.

7 Vgl. Corriere della Sera v. 25.8.1996.

8 RAI-TV UNO, 26.8.1996, in: Fernseh- und Hörfunkspiegel des deutschen Bundestages.

9 Frage: Drängt Rom nicht auch deshalb mit Hochdruck in die EWU, um der separatistischen Lega Nord von Umberto Bossi die Grundlage zu entziehen? Prodi: „Das ist auch ein Grund, ja.", in: Wirtschaftswoche v. 21.11.1996.

10 Vgl. Financial Times v. 30.9.1996.

11 Vgl. die Berichterstattung in Frankfurter Allgemeine Zeitung und Neue Zürcher Zeitung v. 7.2. und 10.2.1996.

12 Vgl. Wirtschaftswoche v. 21.11.1996.

13 Corriere della Sera v. 5.11.1996.

14 Vgl. FAZ v. 6.11.1996.

15 Vgl. Il Sole 24 Ore v. 25.11.1996.

16 Il Sole 24 Ore (Europa) v. 21.6.1996.

17 Vgl. Agence Europe v. 17.1.1997.

18 Flexibilisierung, engere Kooperation und differenzierte Integration werden sowohl im Vorschlag als auch von Prodi synonym verwendet.

19 Vieles von der Debatte, die sich an den deutsch-französischen Vorstoß anschloß, wird in dem italienischen Vorschlag wiederaufgegriffen und präzisiert. Dazu zählen unter anderem Flexibilisierung als „last resort", Berücksichtigung des aquis sowie das Prinzip, daß kein Mitgliedstaat von der späteren Teilnahme ausgeschlossen werden darf. Vgl. zu den nationalen Positionen bis zum italienischen Vorstoß: European Parliament (Hrsg.): White Paper on the 1996 Intergouvernmental Conference Vol III. (Part one), S.19-37, Luxemburg 1996.

20 Vgl. Agence Europe v. 17.1.1997.

21 Laut Korrespondentenbericht in der European Voice hat der Vorschlag die Zustimmung der Bundesregierung, der französischen, der portugiesischen sowie der dänischen Regierung gefunden.

22 Vgl. FAZ v. 27.2.1997.

23 Vgl. A Partnership of Nations: The British Approach to the EU Intergovernmental Conference (IGC), London 1996, Abs. 8.

Weiterführende Literatur

Dastoli, Pier Virgilio: L'Unione europea e l'Italia nelle nebie di Dublino, in: Politica Internazionale 2 (1997), S. 19-37.

Fagiolo, Silvio: The Italian Debate, in: Royal Institute for International Affairs (Hrsg.): The 1996 IGC. National Debates, Bd. 1, S. 36-44.

Ferraris, Luigi Vittorio: Il Semestre italiano di Presidenza dell'Union europea, in: La Communitá Internazionale 2 (1996), S. 179-192.

Greco, Etore: Il Contributo italiano al dibattito sulla politica estera e di difesa europea, Istituto Affari Internazionali 17. Mai 1996.

Inacker, Michael. J.: Italiens verdeckte Eifersucht. Blockade gegen den deutschen Sitz im UN-Sicherheitsrat, in: Internationale Politik 2 (1997), S. 59-60.

Jean, Carlo: L'Italia e la difesa commune europea, in: Affari Esteri 110 (1996), S. 296-308.

Masala, Carlo: Die Zukunft der christlichen Mitte in Italien, in: Die politische Meinung 320 (1996), S. 67-74.

Masala, Carlo: Italienische Europapolitik 1994 bis 1997. Interessen, Widersprüche, Perspektiven, SWP-AP 3019, Ebenhausen 1997.

Rampini, Frederico: L'Italie en vacance de l'Europe, in: politique étrangère 1 (1996), S. 61-72.